

Wir sind ein Volk!

Zum 10. Jahrestag
der deutschen Einheit



Mit

- Brief des Generalsekretärs
- Sechs Vorschlägen zur Gestaltung des 3. Oktober
- Musterpresseerklärung
- Musterflugblatt „Wir freuen uns!“



Liebe Freunde!

In wenigen Wochen können wir den 10. Jahrestag der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes begehen. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gehört zu den bleibenden, großen historischen Leistungen der Union und ihres Bundeskanzlers Helmut Kohl. Wir wissen heute, auf welch schmalen Grat sich die deutsche Politik im Frühjahr und Sommer 1990 bewegte. Es ist im Wesentlichen der Entschlossenheit und Zielstrebigkeit Helmut Kohls zu verdanken, dass die knappe Chance seinerzeit erfolgreich genutzt wurde.

Mit Erstaunen, Befremden und auch mit Wut müssen wir heute erleben, dass die SPD den Versuch unternimmt, unsere historische Leistung zu entwerten. Diejenigen, die über Jahre hinweg das Streben nach Wiedervereinigung als „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ difamiert haben, wollen heute den Anschein erwecken, sie seien die wahren Anwälte der neuen Länder.

Die Wahrheit ist: Schröder hat auf seiner Sommertour im Osten die blühenden Landschaften seines Vorgängers besichtigt. Er selbst hat zum Aufbau Ost bislang keinen substantiellen Beitrag geleistet. Unvergessen ist seine herzlose Art, als er 1990 Übersiedler aus der DDR kühl mit den Worten abfertigte: „Wer zuletzt kommt, muss sich hinten anstellen.“

Die Union als ganze muss jetzt aufpassen, dass sich die schäbige Geschichtsklitterung der SPD nicht zu unseren Lasten im öffentlichen Bewusstsein verfestigt. Dies ist schlicht eine Frage unseres politischen Selbstwertgefühls.

Ich bitte Sie daher herzlich, den Tag der deutschen Einheit zum Anlass zu nehmen, öffentlichkeitswirksam eigene Veranstaltungen durchzuführen. Es geht darum, die Deutungshoheit über unsere geschichtlichen Leistungen zu behalten. Rot und Grün haben durch ihr politisches Verhalten im Jahr 1990 jede moralische Kompetenz verloren, sich zu Fragen der Einheit zu äußern. Wir, die Union, sind die Partei der Einheit!

Auf den folgenden Seiten finden Sie Materialien, die Sie zur Gestaltung des 3. Oktober einsetzen können. Eine Musterrede werden ich Ihnen im Laufe des Septembers zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Ruprecht Polenz
Generalsekretär

Wir sind ein Volk

Die CDU ist die Partei der Einheit

Die CDU hat immer unbeirrt am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten. Das belegen alle programmatischen Festlegungen in den Jahrzehnten der Trennung unseres Vaterlandes:

■ „Die Christlich-Demokratische Union wird nicht aufhören, mit allen Kräften und letzter Entschlossenheit weiter für die Wiedervereinigung zu arbeiten. Dabei ist die Stärkung, Sicherung und Behauptung des freien Berlin eine dringende Pflicht.“

(Hamburger Programm, 4. Bundesparteitag 1953)

■ „Freiheit und Einheit für das deutsche Volk zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik ... Das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk, die staatliche Einheit Deutschlands müssen zusammen mit der Überwindung der Teilung Europas angestrebt werden.“

(Berliner Programm, 18. Bundesparteitag 1971)

■ „Ziel unserer Deutschlandpolitik ist die Erhaltung der Einheit der Nation und die Erringung von Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk.“

(Mannheimer Erklärung, 23. Bundesparteitag 1975)

■ „Freiheit und Einheit für das gesamte deutsche Volk zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden ... Solange das Recht auf Selbstbestimmung nicht durch alle Deutschen ausgeübt wer-

den kann, ist die Bundesrepublik Deutschland Treuhänder für eine freiheitliche Ordnung aller Deutschen ... Wir halten an der einen, ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit fest.“

(Grundsatzprogramm, 26. Bundesparteitag 1978)

■ „Trotz Teilung bestehen Deutschland und das deutsche Volk als Einheit fort ... Wir fordern jeden Deutschen auf, für die Einheit und Freiheit ganz Deutschlands einzutreten ... Das Verlangen nach Selbstbestimmung und friedlicher Wiederherstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen muss ein vitales Element der deutschen Politik sein.“

(„Unser Land braucht einen neuen Anfang“, 30. Bundesparteitag 1981)

■ „Wir wollen die menschenverachtende, vom sowjetischen Imperialismus verursachte Teilung überwinden und auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

(Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987)

Die SPD hatte das Ziel der Wiedervereinigung aufgegeben

Seit Mitte der 80er Jahre ist die SPD zunehmend vom Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands abgerückt. Diese Entwicklung begann mit der Übernahme der „Geraer Forderungen“ Honeckers und führte bis zum SPD-Parteitag im Dezember 1989, als den Delegierten der Entwurf eines neuen Grund-

satzprogramms vorgelegt wurde, in dem keine Aussagen zur Deutschlandpolitik enthalten waren.

1980 hatte DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker die „Geraer Forderungen“ an die Bundesrepublik Deutschland erhoben:

Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der DDR, Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, Umwandlungen der Ständigen Vertretungen in Botschaften und eine Neuregelung des Grenzverlaufs auf der Elbe. Die Konsequenzen dieser Forderungen wären gewesen:

- Durch eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft wären die Deutschen in der DDR für die Behörden der Bundesrepublik Deutschland zu Ausländern geworden. Dem hätte die Einrichtung von Botschaften entsprochen.
- Aufgabe der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter war es, in der DDR begangene Gewaltakte, z. B. des Grenzregimes, zu dokumentieren. Ihre vorzeitige Auflösung hätte die Aufarbeitung von DDR-Unrecht nach 1990 erschwert oder unmöglich gemacht. Schröder verschweigt heute, dass er als Ministerpräsident den Länderanteil Niedersachsens zur Finanzierung der Erfassungsstelle verweigert hat, weil er damals fest davon überzeugt war, dass die dort gesammelten „Informationen nie zu Strafverfahren führen werden“. Im Klartext: Ich, Schröder, habe die Wiedervereinigung abgeschrieben!
- Zwischen Schnackenburg und Lauenburg verlief die Elbgrenze am Ostufer des Flusses. Mit einer Verlegung der Grenze zur Flussmitte hin – wie es die DDR forderte – wären Gebiete der Bundesrepublik Deutschland an die DDR preisgegeben worden.

Die SPD ging noch weiter: Obwohl es in der DDR bis 1990 kein frei gewähltes Parlament gab und obwohl der Sitz der Volkskammer wie auch die „direkte Wahl“ seiner Ost-Berliner Mitglieder permanent gegen das Vier-Mächte-Abkommen verstieß, forderte die SPD offizielle Kontakte des Deutschen Bundestages zur Volkskammer und praktizierte solche Kontakte auf Parteiebene. Kontakte mit Oppositionellen in der DDR hat die SPD hingegen gemieden.

Noch im September 1989 – zwei Monate vor dem Mauerfall – sagte Lafontaine: „Wir reden mit Honecker und mit allen anderen Politikern in der DDR, solange wir das für richtig halten ... Nichts wäre fataler, als sich der Illusion hinzugeben, die SED habe schon abgedankt.“

Im August 1987 haben SPD und SED ein gemeinsames Grundsatz-Papier vorgelegt, in dem es hieß, beide Seiten – die Bundesrepublik Deutschland und die DDR – müssten sich auf einen langen Zeitraum einrichten, währenddessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssten. Keine Seite dürfe der anderen die Existenzberechtigung absprechen, und unsere Hoffnung könne sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Deutlicher kann man vom Ziel der Wiedervereinigung nicht abrücken. Diese gemeinsame Erklärung von SPD und SED ist bis heute nicht widerrufen worden.

Führende SPD-Politiker haben das Streben nach Wiedervereinigung als „Lüge“, „Heuchelei“, „politische Umweltverschmutzung“ oder als „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ diffamiert. Der damalige SPD-Vorsitzende Vogel forderte eine „Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes“.

Gerhard Schröder bezeichnete 1985 nach einem Besuch bei Erich Honecker diesen als

einen „zutiefstredlichen Mann“. Helmut Kohl hingegen, der gesagt hatte, die DDR trete die Menschenrecht mit Füßen, hielt er vor: „Wer die DDR kritisiert, sollte dabei nicht trottelig vorgehen.“ Im Juni 1989, fünf Monate vor dem Fall der Mauer, sagte Schröder in der Bild-Zeitung: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“

Selbst im Prozess der Einheit versuchte die SPD noch zu bremsen. Lafontaine riet, „mit der Währungsunion besser ein paar Monate [zu] warten, als alles zu überstürzen“. Die staatlichen Leistungen für Übersiedler diffamierte er als „Prämien für das Weggehen“.

Die von der CDU durchgesetzte NATO-Mitgliedschaft – auch des vereinten Deutschlands – bezeichnete er als „Anachronismus“. Ministerpräsident Schröder hat den Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Bundesrat abgelehnt.

Die entscheidenden Schritte zur Einheit

August–September 1989: Bürger der DDR besetzen Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in mehreren osteuropäischen Staaten, um eine Ausreiseerlaubnis zu erlangen.

10. September 1989: Die ungarische Regierung gibt grünes Licht ab Mitternacht für die Ausreise der DDR-Flüchtlinge. Rund 10 000 passieren die Grenze nach Österreich.

30. September 1989: 17 000 DDR-Flüchtlinge – zusammengedrängt in den Bonner Botschaften in Prag und Warschau – reisen mit Sonderzügen in die Bundesrepublik.

16. Oktober 1989: In Leipzig demonstrieren 120 000 Menschen: „Wir sind ein Volk!“

18. Oktober 1989: Erich Honecker muss zurücktreten, Egon Krenz wird sein Nachfolger.

7. November 1989: Die Regierung Willi Stoph tritt zurück.

9. November 1989, 18:57 Uhr: SED-Politbüromitglied Günter Schabowski verkündet auf einer Pressekonferenz: „Ab sofort sind Reisen ins Ausland erlaubt.“

13. November 1989: Hans Modrow wird neuer Ministerpräsident der DDR.

28. November 1989: Helmut Kohl stellt sein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit vor.

3. Dezember 1989: Zentralkomitee und Politbüro der SED treten zurück. Honecker wird aus der Partei ausgeschlossen.

20. Dezember 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden.

22. Dezember 1989: Am Brandenburger Tor wird ein Grenzübergang für Fußgänger geöffnet.

29. Januar 1990: Die Volkskammer beschließt: freie Wahlen am 18. März.

18. März 1990: Erste freie Wahlen in der DDR. Die Allianz für Deutschland wird mit Abstand die stärkste Partei und erhält 48,1 Prozent.

12. April 1990: Lothar de Maizière (CDU) wird zum Ministerpräsidenten gewählt.

1. Juli 1990: Die D-Mark wird alleiniges Zahlungsmittel in der DDR.

15./16. Juli 1990: Michael Gorbatschow gibt Helmut Kohl beim Treffen im Kaukasus seine Zustimmung zur Wiedervereinigung und zur vollen Souveränität des geeinten Deutschland.

22. Juli 1990: Die Volkskammer beschließt das Ländereinführungsgesetz.

23. August 1990: Die Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990.

31. August 1990: Wolfgang Schäuble und Günter Krause unterzeichnen den Einigungsvertrag.

1. Oktober 1990: CDU (West) und CDU (Ost) wieder vereint.

3. Oktober 1990: Die Deutsche Einheit ist erreicht.

2. Dezember 1990: Erste gesamtdeutsche Wahlen; CDU/CSU = 43,8 Prozent, SPD = 33,5 Prozent, FDP = 11 Prozent.

17. Januar 1991: Helmut Kohl wieder zum Bundeskanzler gewählt.



Bei der CDU hatte der Aufbau Ost Priorität

Die Aufbauleistung in den neuen Bundesländern kann nur zutreffend beurteilt werden, wenn man sich die katastrophalen Erblasten des gescheiterten Sozialismus vor Augen führt:

- Die Arbeitsproduktivität der DDR erreichte nur rund 40 Prozent des vergleichbaren Wertes der alten Bundesländer.
- Das Vollbeschäftigungs-Gebot der DDR-Verfassung („Recht auf Arbeit“) führte dazu, dass Produktion, Handel und Verwaltung mit Arbeitskräften überbesetzt waren. In Wirklichkeit hatte die DDR im letzten Jahr ihres Bestehens eine verdeckte Arbeitslosigkeit von 1,4 Millionen Menschen; dies entspricht 15 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung.
- Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Maschinen und Anlagen betrug 1988 etwa 26 Jahre. Über 20 Prozent der Industrieanlagen waren länger als 20 Jahre in Betrieb. In den alten Ländern traf dies nur auf 5 Prozent der industriellen Ausrüstung zu.
- Der Verschleißgrad der Industrieanlagen lag bei etwa 54 Prozent, im Bauwesen bei

67 Prozent und im Verkehrswesen bei über 52 Prozent. Selbst dringendste Reparaturmaßnahmen konnten nicht mehr durchgeführt werden.

- Am Ende der DDR waren 225.000 Wohnungen nicht mehr bewohnbar und daher baupolizeilich gesperrt.

Angesichts des gigantischen Ausmaßes der Aufgaben, die in den neuen Bundesländern zu lösen waren, hat die CDU-geführte Bundesregierung im wiedervereinigten Deutschland die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Prioritäten neu bestimmt, um die notwendigen Leistungen erbringen zu können.

Zwischen 1991 und Ende 1998 sind in den Aufbau Ost Leistungen aus öffentlichen Kassen in Höhe von insgesamt rund 1.400 Milliarden Mark geflossen.

Eine Schlüsselrolle im Aufbau Ost nahm der Ausbau einer modernen Verkehrsinfrastruktur ein. Gegen Ende der DDR wiesen 58 Prozent des Straßennetzes größere Schäden bis hin zum Verfall der Straßenbefestigung auf. Im Schienennetz der DDR waren wegen Baufälligkeit 1.180 Langsamfahrstellen eingerichtet. Die CDU-geführte Bundesregierung hat gehandelt: 43 Prozent der Verkehrsinfrastruktur-Investitionen des Bundes flossen in den Aufbau Ost, der damit eine überproportionale Förderung erhielt. Von besonderer Bedeutung war die Anbindung der Hauptstadt Berlin an das europäische Schienen-Streckennetz. Zwischen Berlin und Hannover wurde eine 5 Milliarden Mark teure Hochgeschwindigkeitsstrecke gebaut, auf der heute der ICE für eine bequeme und kurztaktige Anbindung der Spreemetropole sorgt. Insgesamt sind unter Regierungsverantwortung der CDU 5.300 km Schiene und 11.500 km Straße neu- oder ausgebaut worden.

Mit 11 Fernsprechan schlüssen je 100 Einwohner belegte die DDR im Hinblick auf die

Telefon-Anschluss-Dichte den 65. Rang weltweit. Heute besteht in den neuen Bundesländern das modernste Telekommunikationsnetz der Welt. Über 8,7 Millionen Anschlüsse stehen zur Verfügung. 2.000 Sendeanlagen stellen im Mobilfunk eine flächendeckende Versorgung sicher.

Große Anstrengungen wurden zum Aufbau eines modernen Gesundheitswesens unternommen. Gegen Ende der DDR wies jedes fünfte Krankenhaus schwere bauliche Schäden und erhebliche hygienische Mängel auf; jede fünfte Heizung in Krankenhäusern war im Prinzip unbrauchbar; jede zweite Krankenhausküche entsprach nicht mehr den Anforderungen. Das Arzneimittelsortiment war auf 2.000 Standardmedikamente begrenzt. Wichtige Medikamente mussten aus dem Westen „beschafft“ werden. Heute steht den Patienten in den neuen Ländern ein Sortiment mit rund 70.000 Präparaten zur Verfügung.

Über die Treuhandanstalt wurden 8.444 ehemalige volkseigene Betriebe und Kombinate sowie rund 25.000 Ladengeschäfte, Kinos, Gaststätten und Hotels vollständig oder mehrheitlich privatisiert. Dabei konnten insgesamt 1,6 Millionen Arbeitsplätze erhalten werden.

In der DDR waren 49 Prozent des Bestandes an Mietwohnungen vor 1949 gebaut worden, davon 29 Prozent sogar vor 1918. Unter Regierungsverantwortung der CDU wurden bis 1997 an 4,7 Millionen Wohnungen Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Rund eine halbe Million Wohnungen wurden neu gebaut.

Die frühere DDR prägte eine teilweise dramatische Umweltsituation. Im sozialistischen Plansystem blieben ökologische Belange unberücksichtigt. 9,6 Millionen Einwohner der DDR erhielten zeitweise oder ständig qualitativ beeinträchtigtes Trinkwasser. 6 Millionen Menschen lebten in Gebieten mit erheblichen

Grenzwertüberschreitungen bei Schwefeldioxyd. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die ökologische Sanierung in den neuen Bundesländern von Beginn an als vorrangige Aufgabe begriffen. Altlasten wurden gesichert, Abfallentsorgungsanlagen, von denen Gesundheitsgefährdungen ausgingen, wurden geschlossen. Die sechs Kernkraftanlagen sowjetischer Bauart in Greifswald wurden aus Sicherheitsgründen vom Netz genommen. Die Erfolge sind messbar: Die Belastung der Luft mit Schwebstaub konnte um 77 Prozent gesenkt werden. Die Schwefeldioxyd-Belastung ging um 52 Prozent zurück.

Nie zuvor in der Geschichte wurde innerhalb so kurzer Zeit die gesamte Infrastruktur eines Landes so tiefgreifend und in einem solchen Ausmaß modernisiert. Dies war erstens möglich, weil die CDU-geführte Bundesregierung in den entscheidenden Jahren nach der Wiedervereinigung das richtige Aufbau-Konzept für die neuen Länder hatte. Dies war zweitens möglich, weil die Menschen in Ostdeutschland erhebliche Umstellungs- und Anpassungsprobleme gemeistert und eine bewundernswerte Aufbauleistung erbracht haben. Und dies war drittens möglich, weil die Menschen im Westen sich dem Gebot der nationalen Solidarität nicht verweigert haben.

Aufbau Ost – Chefsache?

Im Wahlkampf 1998 hat Gerhard Schröder versprochen, den Aufbau Ost zur „Chefsache“ zu machen. Die Menschen haben dies im Sinne eines positiven Versprechens verstanden. Nach der Wahl mussten sie feststellen, dass dies eine Drohung war. Nach dem anfangs stürmischen Aufholprozess der neuen Bundesländer driften Ost und West seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung wieder auseinander.

Während sich in unseren europäischen Nachbarländern der Aufschwung zunehmend auch am Arbeitsmarkt bemerkbar macht, herrscht in Deutschland Stagnation. Die für dieses Jahr prognostizierte Abnahme der Arbeitslosigkeit um rund 300.000 ist ausschließlich auf die Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Gerade in den neuen Ländern sind Fortschritte am Arbeitsmarkt nicht erkennbar. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 17 Prozent auf unverändert hohem Niveau, und es besteht keine Perspektive auf Besserung. Die jüngsten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, dass die Arbeitslosigkeit sogar noch weiter angestiegen ist. Besonders betroffen sind die unter 25-jährigen Arbeitslosen; bei ihnen stieg die Quote im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,7 Prozentpunkte auf 18,3 Prozent.

Schröder hat die Arbeitslosigkeit, an deren Abbau er sich messen lassen will, nicht in den Griff bekommen.

Dass der Aufbau Ost ins Stocken geraten ist, ist ursächlich darauf zurückzuführen, dass die rot-grüne Bundesregierung die politischen Prioritäten zu Lasten der neuen Länder verschoben hat. Für die noch unter der alten Bundesregierung geplante Neu- und Ausbaustrecke Nürnberg – Erfurt – Berlin sind keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt worden. Die für die wirtschaftliche Entwicklung der Region äußerst bedeutsame Anbindung an das ICE-Hochgeschwindigkeitsnetz und an den schnellen kombinierten Güterverkehr kommt damit nicht zustande.

Projekte wie die für die wirtschaftliche Erschließung Mecklenburg-Vorpommerns lebenswichtige A 20 oder die Thüringerwald-Autobahnen A 71 und A 73 sind zu Planungsruinen verkommen. Die Entscheidung gegen den Transrapid auf der Strecke Hamburg – Berlin war nicht nur schädlich für den Technologiestandort Deutschland, sondern hat auch die Aussicht auf neue Arbeitsplätze in Ostdeutschland zunichte gemacht. Ähnlich verhält es sich mit den Plänen der CDU-geführten Bundesregierung, die Montage des Großraumflugzeuges A3XX nach Rostock zu holen. Der auf der internationalen Bühne unerfahrene Schröder hat versäumt, bei unseren Partnern in Europa nachhaltig dafür zu werben. Die Montage wird jetzt in Toulouse erfolgen. Tausende Arbeitsplätze – einschließlich Zulieferindustrie – können in der ohnehin strukturschwachen Region nicht entstehen.

Der in Zeiten der CDU-geführten Bundesregierung selbstverständliche Grundsatz „Priorität für den Aufbau Ost“ ist von Rot-Grün außer Kraft gesetzt worden. Die Bundesregierung spart zu Lasten der neuen Länder. Im Bundeshaushalt für das Jahr 2000 stehen für den Aufbau Ost insgesamt fast drei Milliarden Mark weniger zur Verfügung. Das wichtigste und mit Abstand erfolgreichste arbeitsmarktpolitische Instrument, die Lohnkostenzuschüsse für kleine Betriebe, ist durch ein einschränkendes Vorschaltgesetz und durch drastische Mittelkürzungen praktisch wirkungslos geworden.

Unter Bundeskanzler Schröder verkommt der Aufbau Ost zunehmend zum Rückbau Ost.

WIR FEIERN DEN TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

6 Vorschläge zur Gestaltung des 3. Oktober

Grundsätzlich: Wir Deutschen haben uns bisher nicht als sehr geschickt im Umgang mit nationalen Gedenktagen erwiesen. Dass dies auch historisch bedingt ist, kann niemand bestreiten, sollte aber nicht zum Vorwand für Untätigkeit dienen. Anders als der „Tag von Sedan“ im Kaiserreich und auch anders als das Gedenken an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 bietet der Tag der deutschen Einheit eine durch und durch positive Botschaft.

Dieser Umstand sollte es leicht machen, den Nationalfeiertag wirklich zu „feiern“. Gerade die CDU als Partei der deutschen Einheit sollte alles daran setzen, eine ihrer größten politischen Leistungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Nachfolgend geben wir Ihnen Anregungen, wie Sie als Landes-, Bezirks- oder Kreisverband den Tag der deutschen Einheit gestalten können:

Zeitzeugen zu Wort kommen lassen

Es ist immer sehr beeindruckend, wenn Menschen über historische Ereignisse aus eigenem Erleben berichten können. Insbesondere junge Menschen, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung noch Kinder waren, können von Zeitzeugen der Einheit nachhaltig angesprochen werden. Noch gibt es viele Menschen, die als Zeitzeugen authentisch berichten können: ehemalige Regierungsmitglieder aus Bonn und (Ost-) Berlin, Journalisten, DDR-Bürgerrechtler oder

auch einfache ehemalige DDR-Bürger aus dem CDU-Partnerverband bzw. aus der Partnerkommune. Lassen Sie Erinnerungen wach werden an das Leben in der ehemaligen DDR, an die Zeit der Wende, an die ersten Erfahrungen mit dem wiedervereinigten Deutschland. Formal bieten sich viele Möglichkeiten an: Festvortrag, Talk-Show, Statement-Serie, Lichtbildervortrag usw. Die örtliche Presse sollte unbedingt geladen werden.

Deutschland-Quiz

Wo Mallorca liegt, weiß heute jedes Kind. Aber Hiddensee? Oder Meiningen? Oder Baiersbronn? Veranstalten Sie doch anlässlich des Tages der deutschen Einheit ein „Deutschland-Quiz“. Stellen Sie Rate-Teams zusammen, die den Wettbewerb spannend machen, z. B. Jung gegen Alt oder Ostdeutsche gegen Westdeutsche. Bereiten Sie Fragen zu Geschichte, Politik, Geographie und Kultur in Ost wie West vor. Besonders schick wirkt es, wenn Fragen durch Diaprojektionen visualisiert werden. Sponsoren für attraktive Preise sind sicherlich vor Ort zu finden.

Ideen und Anregungen für Ihr Deutschland-Quiz finden Sie in allen populären Nachschlagewerken.

Von Aichinger bis Zwerenz

Veranstalten Sie zum Tag der Einheit eine Dichterlesung. Bitten Sie einen oder mehrere Deutsch-Lehrer am Ort, eine Auswahl deutscher Gegenwarts-Literatur mit naheliegenden Bezügen zum Tag zusammenzustellen (Beispiel: Freya Klier, Lüg Vaterland!). Eventuell gibt es auch am Ort oder in Ihrer Nähe einen schriftstellernden Menschen, der

geeignet wäre, eine solche Veranstaltung mitzutragen. Übertragen Sie einem der Lehrer die Aufgabe, durch den Abend zu führen und für einen „roten Faden“ zu sorgen. Geben Sie dem Event einen kulturellen Rahmen durch musikalische Darbietungen einiger Schüler der örtlichen Jugendmusikschule.

■

Zum Lachen braucht es immer ein wenig Geist, das Tier lacht nicht. (Gottfried Keller)

Man muss sich von der Zwangsvorstellung befreien, zum Nationalfeiertag gehöre der Frack und eine bierernste Grundstimmung. Am 3. Oktober darf auch gelacht werden.

Planen Sie eine Veranstaltung, die dem politischen Witz gewidmet ist. Es gibt auf dem Buchmarkt eine ganze Reihe von guten Anthologien mit politischen Witzen von z. T. tiefer Hintergründigkeit. Erstaunlich ist z. B., was nach der Wende an politischen (Flüster-) Witzen aus der DDR-Zeit gesammelt worden ist. Hier sollte man darauf achten, geeignete Vortragskünstler zu finden, die nicht jede Pointe durch Stottern oder falsche Betonung erdrosseln.

■

Wie war das damals ...?

In den 10 Jahren seit der Wiedervereinigung ist im Leben der Menschen viel passiert. Die Bilder des Jahres 1990 sind bei

vielen verblasst und durch andere Ereignisse überlagert. Veranstalten Sie in Erinnerung an den Einigungsprozess einen Film-Abend mit historischen Filmdokumenten. Wenden Sie sich an die Landesbildstelle oder an die Landeszentrale für politische Bildung. Vielleicht ist ein Geschichtslehrer vor Ort bereit, geeignetes Material zu beschaffen und kommentierend zu präsentieren. Orientieren Sie sich unter www.landesfilmdienste.de über das bestehende Angebot.

■

Auch Vaterlandsliebe geht durch den Magen

Laden Sie zum Tag der Einheit zu einem kulinarischen Entdeckungsbuffet quer durch Deutschland ein: Schwarzwälder Schinken, Thüringer Rostbratwurst, Leipziger Allerlei, Pfälzer Pressack, Spreewälder Gurken, Schwäbische Schupfnudeln, Frankfurter Kranz, Hamburger Labskaus, Bergischer Panhas, Westfälischer Pumpnickel, Finkenwerder Scholle, Rheinischer Sauerbraten, Bayerische Leberknödel, Jever, Radeberger, Bitburger, Nordhäuser, Mosel, Saale-Unstrut, Rheingau, Kaiserstuhl ... Bereiten Sie zu all den Köstlichkeiten eine kleine Tischrede mit politischen Bezügen vor und erinnern Sie daran, dass die Einheitsfeiern vor 10 Jahren unter dem Motto standen: „Wir freuen uns auf Deutschland!“

Zum guten Schluss gibt es einen Berliner.

MUSTERPRESSEERKLÄRUNG ZUM 3. OKTOBER 2000

Am 3. Oktober jährt sich zum zehnten Mal der Tag, an dem die langwährende Spaltung unseres Vaterlandes überwunden werden konnte. Der Tag der deutschen Einheit ist für uns Christliche Demokraten Anlass zu Freude und Stolz. Durch das mutige Engagement vieler Menschen in der früheren DDR, durch die Unterstützung unserer Partner im Westen, durch die Hilfe unserer Nachbarn im Osten und durch die konsequente Politik der CDU unter Führung von Helmut Kohl konnte die Einheit der Deutschen erreicht werden. Diese historische Leistung wird immer mit dem Namen der Union verknüpft bleiben.

Die Chance genutzt

Der Grat, auf dem sich die deutsche Politik 1990 bewegte, war äußerst schmal. Die Tür zur deutschen Einheit stand nur einen Spalt breit und nur wenige Wochen lang offen. Deshalb war es richtig, die Einheit schnell zu verwirklichen und deshalb war es wichtig, dass Bundeskanzler Helmut Kohl die Chance zur Einheit rasch und entschlossen genutzt hat. Mit der SPD, die seinerzeit alles daran setzte, den Prozess der Einheit zu bremsen, wäre diese Chance verspielt worden.

Die Menschen in den neuen Bundesländern haben in den zurückliegenden Jahren eine beispiellose Aufbauleistung erbracht. Nie zuvor in der Geschichte wurde innerhalb

so kurzer Zeit die gesamte Infrastruktur eines Landes so tiefgreifend und in einem solchen Ausmaß modernisiert. Dies war möglich, weil die CDU-geführte Bundesregierung in den entscheidenden Jahren nach der Wiedervereinigung das richtige Aufbau-Konzept hatte, weil die Menschen in Ostdeutschland erhebliche Umstellungs- und Anpassungsprobleme gemeistert und weil die Menschen in den alten Ländern sich dem Gebot der nationalen Solidarität nicht verweigert haben.

Aufbau Ost vollenden

Der Aufbau Ost ist weit vorangekommen, aber noch nicht vollendet. Wir erwarten von der Regierung Schröder, dass sie dem gezielten Einsatz für die neuen Länder die gleiche Priorität einräumt, wie dies unter der alten Bundesregierung der Fall war. Schröder muss vor allem endlich sein Wahlversprechen einlösen, die in Ostdeutschland nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit spürbar zu senken.

Die Wiedererlangung der Einheit unseres Vaterlandes vor zehn Jahren ist verknüpft mit der Überwindung des Kalten Krieges, der gerade für uns Deutsche in der Mitte Europas eine ständige Quelle der Bedrohung war. Die Länder des ehemaligen Ostblocks haben seitdem die Chance, Freiheit und Demokratie sowie die Grundsätze der Marktwirtschaft und einer offenen Gesellschaft zu verwirklichen. Wir wünschen unseren östlichen Nachbarn den Mut, diesen Weg konsequent fortzusetzen.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Musterflugblatt zum Tag der deutschen Einheit

WIR FREUEN UNS!

Vor 10 Jahren wurde die schmerzliche Teilung unseres Vaterlandes überwunden. Seitdem leben wir Deutschen wieder in einem geeinten Land. Der Tag der deutschen Einheit ist für uns Anlass zu Freude und Stolz.

Historische Leistung

Die Tür zur Einheit stand damals nur einen Spalt breit und nur für kurze Zeit offen. Deshalb war es richtig, die Einheit schnell zu verwirklichen, und deshalb war es wichtig, dass Bundeskanzler Helmut Kohl die Chance zur Einheit rasch und entschlossen genutzt hat. Mit der zögerlichen und zerstrittenen SPD wäre diese Chance verspielt worden.

Aufbau Ost weit vorangekommen

Der gescheiterte Sozialismus hatte tiefgreifende wirtschaftliche, strukturelle und ökologische Schäden hinterlassen. Die Menschen in den neuen Ländern haben in den zurückliegenden Jahren eine bei-

spiellose Aufbauleistung erbracht. Nie zuvor wurde innerhalb so kurzer Zeit die gesamte Infrastruktur eines Landes so umfassend modernisiert. Dies war möglich, weil die Menschen im Westen den Aufbau Ost solidarisch mitgetragen haben.

Autogramme statt Perspektiven?

Die rot-grüne Bundesregierung hat kein schlüssiges Konzept für die neuen Länder. Der Aufbau Ost ist Schröder keine Herzensangelegenheit. Der versprochene Abbau der Arbeitslosigkeit kommt nicht voran. Rund 3 Milliarden Mark für Wirtschaftsförderung und Strukturanpassung hat er dieses Jahr im Haushalt gestrichen. Als Ersatz gibt's medienwirksame Foto- und Autogrammtermine. So kann der Aufbau Ost nicht gelingen!

CDU

Die Partei der Einheit